

«Die Phase der Steuersenkungen dürfte zu Ende sein»

Barbara Janom Steiner erwartet nach zehn finanziell fetten Jahren mehr Gegenwind, will aber nicht schwarzmalen

Die FA-Reform, das Referendum aus dem Oberengadin, die finanziellen Aussichten und die Frage, wie viel Geld aus der Region nach Chur fliesst respektive wie viel zurückkommt: Genügend Gesprächsstoff für ein Interview mit der Bündner Finanzdirektorin.

RETO STIFEL

«Engadiner Post»: Frau Janom Steiner, welche Jahresvorsätze haben Sie sich als Finanzministerin des Kantons gefasst?

Barbara Janom Steiner: Die Weiterführung einer guten und nachhaltigen Finanzpolitik, was bei den anstehenden Herausforderungen nicht einfach wird. Die Erfahrung zeigt nämlich, dass das Gleichgewicht zwischen den Einnahmen und Ausgaben schnell verloren gehen kann und dann nur sehr schwer wieder zu finden ist. Konkret müssen wir das jährliche Defizit massvoll begrenzen. Einnahmenseitig sind wir bei den Diskussionen um den nationalen Finanzausgleich gegenüber dem Bund und den ressourcenstarken Kantonen gefordert. Ausgabenseitig liegen die Herausforderungen primär kantonsintern.

EP: Der Kanton will das Jahr 2014 mit einem Defizit von 58 Millionen Franken abschliessen. Wird ihm das gelingen?

Janom: Das wird nun leider schwierig. Innerhalb der jährlichen Budgetvorgaben haben wir die Ausgaben in aller Regel im Griff und einnahmenseitig befürchte ich fürs 2014 noch keine Einbrüche. Hingegen wird uns der Ausfall der Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank ein nicht erwartetes Loch von 16,3 Millionen Franken in die Rechnung 2014 reissen. Dieses auszugleichen wird nicht einfach.

EP: Kann sich der Kanton auf mittlere und längere Frist solche Fehlbeträge leisten?

Janom: Nein. Zurzeit verfügen wir zwar noch über gewisse Reserven. Diese erlauben uns Fehlbeträge auf mittlere Frist, aber längerfristig dürfen wir nicht über unsere Verhältnisse leben.

EP: Mit der FA-Reform muss der Kanton zusätzliche Lasten von rund 22 Millionen Franken pro Jahr tragen. Die Gemeinden werden entsprechend entlastet. Trotzdem warnen verschiedene kommunale Säckelmeister vor steigen-

den Defiziten im Gemeindehaushalt. Haben Sie Verständnis für diese Ängste?

Janom: Nur teilweise, denn die Finanzperspektiven der Gemeinden sind sehr unterschiedlich. Generell ist fest zu halten, dass die letzten zehn Jahre für die meisten Bündner Gemeinden wie auch für den Kanton gute Jahre waren. Wie beim Kanton zeichnen sich nun auch bei den Gemeinden etwas dunklere Wolken am Horizont ab. Diese Trendwende bei den Gemeinden wird aber nicht von der kantonalen Politik verursacht. Seit 2010 wurden dem Kanton allein durch kantonale Gesetzesrevisionen Mehrkosten von knapp 50 Millionen Franken übertragen, mehr als die Hälfte davon in Form von Lastenverschiebungen zugunsten der Gemeinden. Hinzu kommt jetzt noch die Belastung durch die FA-Reform, wobei hiervon vor allem die finanzschwachen Gemeinden mit hohen Sonderlasten profitieren werden.

EP: Mit Samedan musste eine erste Oberengadiner Gemeinde drastische Sparmassnahmen ergreifen. Hat Sie das überrascht?

Janom: Nicht wirklich. Die Gemeinde Samedan hatte in den vergangenen Jahren unter anderem eine sehr hohe Investitionstätigkeit zu verzeichnen und musste sich dafür zusätzlich verschulden. Die Situation lässt sich aber nicht pauschal auf alle Oberengadiner Gemeinden übertragen...

EP: ...für Sie also kein Anzeichen dafür, dass sich die Engadiner Steuerzahler auf höhere Steuern einstellen müssen?

Janom: Man darf sicher nicht verallgemeinern. Die besondere Ausgangslage und Situation jeder einzelnen Gemeinde sind jeweils zu beachten und dürften unterschiedliche Szenarien zeitigen. In den letzten Jahren ist es den Oberengadiner Gemeinden sehr gut gegangen, entsprechend konnten sie ihre Steuerfüsse teilweise denn auch stark senken. So viel lässt sich als Trendmeldung wohl sagen: Bei den Oberengadiner Gemeinden dürfte die Phase der Steuersenkungen zu Ende sein. Bei jenen sechs Unterengadiner Gemeinden, welche sich mit Scuol zu einer neuen Gemeinde zusammenschliessen wollen, resultieren durch die Fusion mehrheitlich Steuerfussenkungen. Es zeigt sich also auch hier ein differenziertes Bild.

EP: Neben dem Sparpaket hat die Samedner Bevölkerung ohne grosses Mur-

ren einer massiven Steuererhöhung zugestimmt. Das Verständnis in der Bevölkerung scheint vorhanden zu sein.

Janom: Steuerfusserhöhungen haben in den Gemeinden in aller Regel dann eine Chance, wenn sie sehr gut begründet sind. In Samedan haben die Behörden ihre Verantwortung wahrgenommen. Dass sie dabei vom Stimmvolk Vertrauen erfahren haben, ist sicherlich eine grosse Genugtuung und verdient ein Kompliment.

EP: In der Debatte um die FA-Reform hat sich einmal mehr gezeigt: Wenn es ums Geld geht, wird rasch einmal das Klischee des reichen Oberengadins bemüht.

Janom: Auch wenn stets der Einzelfall betrachtet werden muss, über das Ganze gesehen sind die Oberengadiner Gemeinden gemessen an objektiven Grössen im Vergleich zu den anderen Bündner Gemeinden und Regionen finanziell sehr stark. Darauf deutet auch die Steuerfussentwicklung hin. Die Steuerfüsse im Oberengadin streuen von 50 bis 95 Prozent und sind damit allesamt unter dem kantonalen Mittel.

EP: Das ist unbestritten. Ebenso ein Fakt sind die teuren Lebenshaltungskosten in dieser Tourismusregion.

Janom: Dies trifft wohl zu. Die Lebenshaltungskosten treffen aber vor allem die Bevölkerung und nicht die Gemeindefinanzen. Die meisten Ge-

meinden im Oberengadin profitieren deutlich mehr von der guten Ertragsituation als sie von überdurchschnittlich hohen Lasten getroffen werden. Dies ist ebenfalls ein wichtiges Faktum.

EP: Die Region hat jahrelang von den Einnahmen aus den Spezialsteuern profitiert. Mit dem Ja zur Weber-Initiative ist damit Schluss. Fakt ist: Die finanzielle Lage der Oberengadiner Gemeinden wird sich teils drastisch verschlechtern.

Janom: Das ist zu befürchten, wenn auch die Auswirkungen der Zweitwohnungsinitiative noch nicht vollumfänglich absehbar sind. Sie werden auch nicht alle Gemeinden des Oberengadins gleich stark treffen. Tatsache ist aber auch, dass die Liegenschaften als Steuerpotenzial bestehen bleiben

und somit auch den Gemeinden Erträge bringen werden...

EP: ...aber massiv weniger als bisher und dem trägt die Reform des Finanzausgleichs zu wenig Rechnung...

Janom:...das stimmt eben nicht! Wir können mit dem neuen Finanzausgleich der effektiven Entwicklung der Spezialsteuern sehr gut Rechnung tragen. So brauchen auch die Gemeinden des Oberengadins den neuen Finanzausgleich weder morgen noch übermorgen zu fürchten. Wir können ihn für sie nicht noch günstiger ausgestalten. Es würde klar dem verfassungsmässigen Auftrag widersprechen, wenn sie durch den Systemwechsel gar profitieren würden.

EP: Sie können also das Referendum aus dem Oberengadin



Kein Verständnis für das Referendum gegen den neuen Finanzausgleich: Die Bündner Finanzdirektorin Barbara Janom Steiner beurteilt das Vorgehen der Oberengadiner als politisch kontraproduktiv. Foto: Yanik Bürkli, «Die Südostschweiz»

in Sachen FA-Reform nicht nachvollziehen?

Janom: Nein, in keinster Weise. Einerseits wurde die FA-Reform in mehreren Punkten zugunsten der finanzstarken Gemeinden derart überarbeitet, dass sie im Vergleich zur damaligen abgelehnten NFA-Reform eine dreimal geringere und damit viel moderatere Mehrbelastung des Oberengadins mit sich bringt. Andererseits ist der neue Finanzausgleich dringend und weitgehend unbestritten. Ein Referendum dürfte kaum erfolgreich sein und würde die Umsetzung der Reform aller Voraussicht nach lediglich um ein Jahr verzögern.

EP: Das Referendum ist ein legitimes demokratisches Mittel...

Janom: ...das ist unbestritten. Aber aus meiner Sicht ist ein Referendum in diesem Fall für das Oberengadin politisch kontraproduktiv und daher zu bedauern. Der neue Finanzausgleich macht nämlich erstmals für alle Gemeinden sichtbar, dass sie von den starken Oberengadiner Gemeinden profitieren. Dadurch werden beste Voraussetzungen geschaffen, um im Kantonsparlament für Oberengadiner Anliegen Gehör zu bekommen. Mit dem Referendum dürften sich die Oberengadiner aber viel Goodwill verschmerzen und ihre Position im Grossen Rat schwächen.

EP: Dass die Region überdurchschnittlich viel Geld über den Berg nach Chur schickt, ist heute schon eine Tatsache und dürfte auch mit dem neuen Finanzausgleich nicht stärker zur Kenntnis genommen werden.

Janom: In Bezug auf die Finanzierung des bestehenden Finanzausgleichs stimmt diese Aussage eindeutig nicht. Die Hauptbeiträge der Gemeinden für den Finanzausgleich stammen nämlich von den Wasserzinsen und den Steuern der juristischen Personen. In diesen beiden Bereichen sind die Gemeinden des

Oberengadins nicht überdurchschnittlich stark.

EP: Was kommt von Chur zurück?

Janom: Sehr viel. Allein schon die Strassenerschliessung und der öffentliche Regionalverkehr sowie die hohen kantonalen Aufwendungen in den Bereichen Forst, Meliorationen, Wuherschutz und Spitäler machen klar, dass ein Leistungsaustausch auf hohem Niveau stattfindet. Auch wurden zum Beispiel immer wieder namhafte Beiträge an Sport-Veranstaltungen und -Infrastrukturen gesprochen, wie an die Ski-WM 2003, dann erst gerade kürzlich an die Sprungschanze, an die Bobbahn, und es dürfte wohl auch einen Beitrag an die Ski-WM 2017 geben.

EP: Sie haben in der Debatte zur FA-Reform mehrfach betont, dass die aktuellen Sätze nicht in Stein gemeisselt und je nach Entwicklung der Rahmenbedingungen auch wieder geändert werden können. Stehen Sie zu dieser Aussage?

Janom: Ja, und zwar ohne Vorbehalte. Das System wirkt selber schon dynamisch, ähnlich wie zum Beispiel ein Steuersystem. Sollten die massgebenden Er-

träge einbrechen, so werden sich auch die Gemeindebeiträge stark reduzieren. Einen Einbruch bei den Spezialsteuern wird die Regierung mit einer Satzanpassung bei der Ermittlung der Grund- und Liegenschaftsteuern auffangen.

EP: So einfach wie das tönt, dürfte das aber in der Praxis kaum umzusetzen sein?

Janom: Das neue System ist einfacher und transparenter als das bisherige, aber sicher auch anspruchsvoll, dies vor allem in Bezug auf die Steuerung der Ausgleichsgefässe. Darum brauchen wir aussagekräftige Wirksamkeitsprüfungen. Hier werden wir kantonal Neuland betreten. Aber auch in diesem Punkt können wir in föderalistischer Manier vom Bund und von vielen anderen Kantonen lernen. Es warten spannende Herausforderungen auf uns.

Im Gespräch mit...

Barbara Janom Steiner

Themen, die bewegen, Menschen, die etwas zu sagen haben: In der Serie «Im Gespräch mit...» interviewt die «EP/PL» in unregelmässigen Abständen Personen zu verschiedensten Themen. Im Dezember stand der scheidende EKW-Direktor Peter Molinari Red und Antwort, im November war es Microsoft-GL-Mitglied Jon Erni und heute die Bündner Finanzdirektorin Barbara Janom Steiner. Sie ist am 30. März 2008 in die Bündner Regierung gewählt worden. Sie gehört der BDP Graubünden an und ist Vorsteherin des Departements für Finanzen und Gemeinden. Die Rechtsanwältin mit einem Executive MBA der Hochschule St. Gallen wohnt in Chur und ist Bürgerin von Sent. (rs)



«Die letzten zehn Jahre waren für die meisten Bündner Gemeinden und für den Kanton finanziell gute Jahre.» Trotz einigen Wolken am Finanzhimmel mag die Finanzdirektorin nicht schwarzmalen. Foto: Olivia Item, «Die Südostschweiz»